

Die Lust zu reisen

Die Affäre um „Lustreisen“ von Politikern auf Einladung von Gasversorgern hat bundesweite Kreise gezogen. Bei der öffentlichen Diskussion geriet die Rolle der Journalisten aber in den Hintergrund. Zwar ermittelt die Justiz nicht gegen Berichtersteller, aber sie sollten von den Firmen offenbar bewusst in die Reiseprogramme eingebunden werden.

Von Frank Überall

Ausflüge in die große weite Welt der Gas-Bohrinseln erfreuen sich bei Kommunalpolitikern in der ganzen Republik offenbar großer Beliebtheit. Das musste die erstaunte Öffentlichkeit feststellen, als im Januar die Ermittlungen der Kölner Staatsanwaltschaft gegen rund 150 Manclatsträger in Nordrhein-Westfalen bekannt wurden. Die Nachforschungen, die bereits seit Monaten andauern, haben inzwischen auch andere Bundesländer erreicht. Das Umwerben der lokalen politischen Klasse gehört zur „Landschaftspflege“ einiger großer Gasversorger, die nicht zuletzt durch den Streit um Energiepreise in der jüngsten Vergangenheit verstärkt unter Daick gerieten.

Die Reisen werden üblicherweise den Mitgliedern der Aufsichtsräte kommunaler Versorgungsunternehmen



Löste mit seiner Berichterstattung die Ermittlungen aus: WZ-Redakteur Ekkehard Rüger (Bild: Barbara Sarx)

spendiert. Mit diesen regionalen Firmen haben die Einladenden in der Regel Lieferverträge mit sehr langer Laufzeit. Meistens wird um die Ausflüge nach Barcelona, in die rheinische Sterne-Herberge Schloss Lerbach oder auf eine norwegische Plattform nicht viel Aufhebens gemacht. Doch nun schlug die Kölner Staatsanwaltschaft zu - und bundesweit schlugen die Journalisten fleißig mit drauf. Im Raum stand der Verdacht der Vorteilsannahme. Das ist nichts anderes als handfeste Korruption - allerdings nur auf Seiten der Politiker.

Auslöser des Justiz-Verfahrens war ein Artikel der „Westdeutschen Zeitung“. Deren Burscheider Lokalredakteur Ekkehard Rüger hatte von einer geplanten Norwegen-Fahrt seines örtlichen Aufsichtsrats Wind bekommen und wollte darüber berichten. Die befragten Politiker fanden das offenbar wenig amüsant, immerhin drohte die Veröffentlichung genau einen Monat vor der wichtigen Landtagswahl in NRW. Da meldete sich ein Sprecher eines Versorgungsunternehmens bei Rüger: „Im Zuge meiner Recherchen wurde ich eingeladen, an der fraglichen Reise teilzunehmen“, erinnerte er sich. „Das war der Versuch, mich mit ins Boot zu nehmen.“

•**Mit im Boot.** Rüger aber wollte weder ins Boot noch in den Helikopter, um die Gas-Förderplattform auf hoher See zu bestaunen. Stattdessen



schrieb er seinen Artikel, der später anonym der Kölner Staatsanwaltschaft zugesandt und zum Auslöser der Affäre wurde. „Die schon lange praktizierten Formen der Landschaftspflege zwischen kommunalen Entscheidungsträgern und Energielieferanten gehören auf den Prüfstand“, schrieb Rüger in einem begleitenden Kommentar zu seinem Artikel. Aber er übte auch Selbstkritik an seinem Berufsstand: „In der Vergangenheit gab es schon manche flotte Reportage über eine Aufsichtsratsreise in die Ferne zu lesen, der auch die Freude des Schreibers über seine kurze Flucht aus dem Redaktionsalltag anzumerken war.“

Journalisten sind im Gegensatz zu den beschuldigten Politikern keine Amtsträger; deshalb müssen sie nicht mit juristischen Folgen rechnen. Trotzdem rieben sich die Kölner Staatsanwälte beim Durchsehen der Akten verwundert die Augen: „Es gehörte zum Unternehmenskonzept, Journalisten durch solche Einladungen gefügig zu machen“, fasst ein Ermittler seinen Eindruck zusammen. In Zeiten knapper Redaktionsetats durchaus keine abwegige Annahme, schließlich brauchen Verlage und Sender die teuren Touren dann nicht aus eigener Tasche bezahlen.

In der Tat kann und muss man die Frage aufwerfen, ob Jubel-Artikel eher aus eigener Überzeugung oder durch Bezahlung durch Gasfirmen zu Stande kamen. So lieferte die „Rhein-Zeitung“



Ausflugsziel für politische Mandatsträger: Bohrinsel in der norwegischen Nordsee
(Bild: E.ON AG)

in Neuwied ihren Lesern im September 2005 einen ungewöhnlichen Text: „Pionierleistungen zuhauf“, wusste sie in der Reportage über die Reise des Aufsichtsrats der Neuwieder Stadtwerke zu berichten. An der Reise hatte ein Redakteur zuvor selbst teilgenommen.

Ein Geschenk. Die Gasvorkommen bekommen in dem Artikel Prädikate, wie sie der Werbetexter von EON-Ruhrgas kaum hätte besser ersinnen können: „Was für ein Geschenk!“ Die „stählerne Fabrik“, die ausweislich der Reportage in der Sonne glänzt, hat so manche Faszination für den begeisterten Beobachter zu bieten: „Ein fantastischer Anblick.“ Und die Tatsache, dass dort bis zu 2.000 Menschen täglich 400.000 Barrel Öl und elf Millionen Kubikmeter Erdgas fördern, verdient

ebenfalls einen charakterisierenden Superlativ: „Zahlen, die schwindlig machen.“ Die reinste Schwärmerei. Nur in einem beigeestellten Interview wurden auch kritischere Aspekte beleuchtet. Spiegel-TV zeigte später eine ganz andere Darstellung der Neuwieder Reise. „Ein Ölsardinen-Einpack-Wettbewerb, eine vergnügliche Motorbootfahrt und jede Menge Bier“, hat es laut „Spiegel Online“ gegeben. Das belege ein Video, das dem Sender zugespielt wurde. Damit wird die Haltung der Staatsanwaltschaft unterstützt, es habe sich bei den teuren Touren eher um touristische Programme als um fachliche Informationen gehandelt. Vom **Journalist** nach diesen Hintergründen befragt, erklärte der Redakteur der „Rhein-Zeitung“, dass sein Verlag die Reise anteilig bezahlt habe. Im Übrigen habe es erst nach Feierabend gemütliche Runden gegeben.

Feier-Abend. In der Tat können Details über partyähnliche Abende das Bild von Aufsichtsratsreisen verfälschen. Schließlich haben auch Politiker nach acht bis zehn Stunden Informationsprogramm einen Anspruch auf Feierabend, durchaus auch in Form eines Feier-Abends. Immerhin betonte EON-Ruhrgas, dass sachliche Information im Rahmen der „straffen Programme“ stets im Mittelpunkt gestanden habe. Trotzdem wurden die großzügigen Einladungen jetzt eingestellt. Das wiederum versteht man beim Verband Kommunaler Unternehmen und beim Institut der Wirtschaft in Köln nicht. Reisen bildet, heißt es dort, und dazu zählen auch fachlich relevante Touren für Politiker.

Wie schnell man in Verdacht geraten kann, davon können nicht nur die Volksvertreter ein Lied singen, sondern eben auch die Journalisten. Zum Beispiel bei GEO.de, wo Mitte 2005 in der

Rubrik „Abenteuer Technik“ über die Erdgas-Plattform Sleipner berichtet wurde - das ist eines jener „Ausflugsziele“, zu denen immer wieder auch Politiker gereist sein sollen. Das Magazin allerdings nahm keine der umstrittenen Aufsichtsratsreisen zum Anlass seiner Reportage. Auch wurden durchaus kritische Töne laut, zum Beispiel wenn es um Probleme beim Umweltschutz ging. Dabei wurde die Reise nach Auskunft von Sprecherin Maike Pelikan ebenfalls vom Verlag selbst bezahlt.

Wie beim ZDF, wo die „Operation Schneewittchen“ ausgerechnet beim Bekanntwerden der Reiseaffäre wiederholt wurde. Es habe „keinerlei Produktionskostenzuschüsse oder andere Vergünstigungen“ gegeben, erklärte Sprecher Thomas Hagedorn dem **Journalist**. Es sei im Gegenteil für die Autoren sogar schwierig gewesen, die Drehgenehmigung zu erhalten.

Bleibt die Frage, wie die Medienszene mit möglichen Einladungen von Unternehmen umgehen soll. Schließlich kostet alleine der Hubschrauberflug zu einer Bohrinsel im Meer mehrere Tausend Euro. Da freut sich so mancher Buchhalter in Verlagen und Sendern, wenn er diese Kosten einsparen kann - ohne dabei an redaktionelle Konsequenzen zu denken.

Die beste Lösung dürfte die offene Kommunikation und Transparenz sein. Da genügt schon ein deutlicher Hinweis, dass der Trip vom Energieversorger finanziert wurde - dann können die Leser den Text entsprechend einordnen.

Wo solche Kennzeichnungen aber fehlen, lässt das Raum für Spekulationen. Und die fallen nicht immer positiv aus. Genau wie bei den Politikern.

● **Frank Überall** lebt als freier Journalist und Politologe in Köln